

18. Wahlperiode

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Bernd Schlömer (FDP)**

vom 28. Februar 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 28. Februar 2018)

zum Thema:

Informationelle Selbstbestimmung und Recht auf Selbstauskunft in Berlin

und **Antwort** vom 14. März 2018 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Mrz. 2018)

Herrn Abgeordneten Bernd Schlömer (FDP)
über
den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei - G Sen -

Antwort
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 18/13641
vom 28. Februar 2018
über Informationelle Selbstbestimmung und Recht auf Selbstauskunft in Berlin

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Berlinerinnen und Berliner haben seit dem Jahr 2012 um Selbstauskunft bei Berliner Behörden gebeten, welche personenbezogenen Daten ebendort über ihre eigene Person gespeichert worden sind? (bitte in Jahresscheiben und nach Art der Anfrage wie folgt differenziert: mündlich, schriftlich in freier Form oder in Form eines Fragebogens)?
2. In wie vielen Fällen wurde dabei eine Auskunft erteilt, eine Teilauskunft erteilt oder der Antrag auf Selbstauskunft abgelehnt (Bitte um Einzelaufschlüsselung nach den angefragten Behörden bzw. anderen Stellen)? Aus welchen Gründen kann dem Recht auf Selbstauskunft nicht entsprochen werden?
3. In wie vielen Fällen wurde auf Basis positiv verlaufender Selbstauskünfte die Geltendmachung weiterer Ansprüche Sperren, Löschen oder Berichtigen gespeicherter Daten durch Berliner Bürgerinnen und Bürgern initiiert?
4. In wie vielen Fällen wurden im genannten Zeitraum Anträge auf Selbstauskunft vom Antragsteller zurückgezogen? Bitte um Einzelaufschlüsselung, inwieweit Gründe für das Zurückziehen angegeben wurden.

Zu 1. bis 4.:

In den einzelnen Verwaltungen wird in der Regel keine Statistik über die Antragseingänge geführt. Mögliche Angaben beruhen daher teilweise auf Schätzungen und können keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Insgesamt wurden in den Jahren 2012 bis 2017 in rund 10.600 Fällen Selbstauskünfte und rund 170 Teilauskünfte erteilt. In 17 Fällen erfolgten Ablehnungen, 238 Vorgänge wurden nicht weiter verfolgt, zu einem großen Teil, weil auch nach mehrmaliger Aufforderung durch die Verwaltung notwendige Unterlagen nicht eingereicht wurden.

Zur Geltendmachung weiterer Ansprüche sind lediglich zwei Fälle bekannt.

Eine Rücknahme von Anträgen erfolgte lediglich in zwei Fällen, die Gründe dafür sind, soweit bekannt, in der Anlage aufgeführt.

Die Einzelaufschlüsselung nach Jahren, Behörden, Art der Anfrage und Gründen für (Teil-)Ablehnungen – soweit Zahlen gemeldet werden konnten – bitte ich der Anlage zu entnehmen.

5. In wie vielen Fällen wurde die Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit von Menschen angerufen, die ihre Selbstauskunftsrechte aufgrund einer nicht oder unzureichend erteilten Auskunft verletzt sahen?

Zu 5.:

Die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit erreichten im Jahr 2017 1.411 Eingaben. Der Anteil derjenigen Eingaben, die eine Verletzung von Selbstauskunftsrechten zum Gegenstand hatte, wird nicht separat erfasst. Einer Schätzung zufolge lag der Anteil bei etwa 10% der Gesamtzahl der Eingaben.

6. In wie vielen der von Frage 5 erfassten Fälle wurde die Beauftragte tätig, indem sie eine Empfehlung zu einer anderen Handhabung des Rechts auf informationeller Selbstbestimmung aussprach?

Zu 6.:

Eine statistische Erfassung der von der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit ausgesprochenen Handlungsempfehlungen findet nicht statt.

7. Welche Stellen überwachen die Umsetzung von Sperrungen, Löschen oder Berichtigungen von personenbezogenen Daten im Land Berlin? Wie viele Kontrollen haben seit dem Jahr 2012 hierzu stattgefunden (differenziert nach Jahren)?

Zu 7.:

Die Überwachung der Sperrung, Löschung oder Berichtigung personenbezogener Daten unterscheidet sich je nach Form der Datenerhebung. In Akten gespeicherte personenbezogene Daten werden regelmäßig durch die jeweils aktenführende Stelle gepflegt und die dabei erforderlichen Sperrvermerke, Änderungen oder Löschungen von der Stelle selber vorgenommen. Die Überwachung erfolgt regelmäßig im Rahmen der Dienstaufsicht durch die unmittelbar vorgesetzte Stelle. Bei automatisiert verarbeiteten personenbezogenen Daten können Sperrungen, Löschungen oder Berichtigungen ggf. durch mehrere zugangsberechtigte Stellen vorgenommen werden. Die praktische Umsetzung richtet sich nach den individuellen Berechtigungen.

Unabhängig von der jeweils getroffenen Zuweisung der Überwachung zu den sachbearbeitenden und vorgesetzten Stellen gehört die Überwachung zu den gesetzlichen Aufgaben der behördlichen Datenschutzbeauftragten und der Berliner Beauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit.

Eine Aufschlüsselung der Kontrollen nach den einzelnen Jahren ist nicht möglich, da eine Statistik darüber nicht geführt wird.

Berlin, den 14. März 2018

In Vertretung

Torsten Akmann
Senatsverwaltung für Inneres und Sport

**Anlage zur Antwort auf die Schriftliche Anfrage Drs. 18/13641
zum Thema Informationelle Selbstbestimmung und Recht auf Selbstauskunft in Berlin**

**Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit:
zu Frage 1, 2 und 4:**

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012 - 2017									
Schriftlich	weniger als 10								
Gesamt	weniger als 10								

**Senatskanzlei:
zu Frage 1, 2 und 4:**

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2015									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								
2017									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2014									
Schriftlich		1		Schutz personen- bezogener Daten Dritter					
Gesamt		1							
2017									
Schriftlich		2		Schutz personen- bezogener Daten Dritter					
Sonstige Form	ca. 3								
Gesamt	ca. 3	2							

Senatsverwaltung für Finanzen:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2017									
Schriftlich			1	zu unbestimmt					
Gesamt			1						

Senatsverwaltung für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung:
zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2013									
Mündlich									
Schriftlich	1								
Fragebogen									
Sonstige Form									
Gesamt	1								
2015									
Mündlich									
Schriftlich									
Fragebogen									
Sonstige Form					1	ohne Grund			
Gesamt					1				

Ärzttekammer Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Gesamt	388								
2013									
Gesamt	316								
2014									
Gesamt	357								
2015									
Gesamt	302								
2016									
Gesamt	237								
2017									
Gesamt	274								

Senatsverwaltung für Inneres und Sport :

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Rücknah- men, nicht weiter verfolgt	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Schriftlich	133	18		Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	133	18			11	fehlende Unterlagen			
2013									
Schriftlich	234	29		Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	234	29			17	fehlende Unterlagen			

2014									
Schriftlich	283	29	1	Abgabe an PolPräs; Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	283	29	1		67	fehlende Unterlagen			
2015									
Schriftlich	188	29	1	Abgabe an PolPräs; Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	188	29	1		43	fehlende Unterlagen			
2016									
Schriftlich	246	20		Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	246	20			42	fehlende Unterlagen			
2017									
Schriftlich	321	41		Geheimhal- tungsgründe gem. § 31 VSG Bln					
Gesamt	321	41			56	fehlende Unterlagen			

Landesamt für Bürger- und Ordnungsangelegenheiten :
zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2013									
Schriftlich	1								
Fragebogen	2								
Gesamt	3								
2014									
Schriftlich	5								
Fragebogen	21								
Gesamt	26								
2015									
Schriftlich	2								
Fragebogen	17								
Gesamt	19								
2016									
Schriftlich	2								
Fragebogen	14								
Gesamt	16								
2017									
Schriftlich	59								
Fragebogen	23								
Gesamt	82								

Polizeipräsident in Berlin:

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf die Anzahl der anfragen, eine Statistik über die Beantwortung wird nicht geführt.

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Gesamt	1025								
2013									
Gesamt	1026								
2014									
Gesamt	1213								
2015									
Gesamt	1203								
2016									
Gesamt	1230								
2017									
Gesamt	1348								

Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2015									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								

**Ordentliche Gerichtsbarkeit:
zu Frage 1, 2 und 4:**

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Schriftlich	7				1	Ersuchen wurde nach Rück- sprache für erledigt erklärt			
Gesamt	7				1				
2013									
Schriftlich	9								
Gesamt	9								
2014									
Schriftlich	12								
Sonstige Form	1								
Gesamt	13								
2015									
Schriftlich	13		1						
Gesamt	13		1						
2016									
Schriftlich	13		1	Vorausset- zungen § 13 UIG lagen nicht vor					
Sonstige Form			2	gebündelte elektro- nische Anfrage unter Hinweis auf den mutmaßlich korrekten Adressaten abgelehnt; Anfrage wegen fehlendem Identitäts- nachweis abgelehnt					

Gesamt	13		3						
2017									
Schriftlich	33		1	Anfrage war auf das Bundesdatenschutzgesetz gestützt, das keine Anwendung fand					
Gesamt	33		1						

**Fachgerichtsbarkeit:
zu Frage 1, 2 und 4:**

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								
2013									
Schriftlich	1	1	1	gleiche Auskunft wurde bereits kurz zuvor erteilt; Ersuchen bezog sich auf Rechts- auskunft					
Gesamt	1	1	1						
2014									
Schriftlich	7								
Gesamt	7								
2015									
Schriftlich	7								
Gesamt	7		1						
2016									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								
2017									
Schriftlich	5								
Gesamt	5								

Senatsverwaltung für Kultur und Europa:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2016									
Sonstige Form	1								
Gesamt	1								
2017									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								

Senatsverwaltung für Umwelt, Verkehr und Klimaschutz:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Energie, Betriebe:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2016									
Sonstige Form	1								
Gesamt	1								
2017									
Schriftlich	1								
Gesamt	1						Es lagen keine Anträge vor		

Handwerkskammer Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2017									
Mündlich									
Schriftlich	1								
Fragebogen									
Sonstige Form									
Gesamt	1								

Industrie- und Handelskammer Berlin:

Die Kammer geht von geschätzten Zahlen von 3 bis 5 Anfragen pro Jahr aus, in denen den Antragstellern grundsätzlich umfangreich Auskunft erteilt wird.

Berliner Verkehrsbetriebe:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2015									
Schriftlich	3								
Gesamt	3								
2016									
Schriftlich	8								
Gesamt	8								
2017									
Schriftlich	8								
Gesamt	8								

Berliner Stadtreinigungsbetriebe:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2014									
Mündlich	1								
Schriftlich	2								
Gesamt	3								
2015									
Schriftlich	1		1	Anfrage über Dritte					
Gesamt	1		1						

Berliner Wasserbetriebe AöR:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2017									
Schriftlich	2								
Gesamt	2								1

Bezirke:

Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf von Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2016									
Mündlich	1								
Gesamt	1								

Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf von Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2017									
Schriftlich	1								
Gesamt	1								

Bezirksamt Mitte von Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2017									
Schriftlich	1								
Gesamt	1						1		

Bezirksamt Reinickendorf von Berlin:

Ohne statistische Erfassung: einzelne Anfragen aufgrund SGB im Bereich des Jugendamtes.

Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin:

Ohne statistische Erfassung: Betroffenenauskünfte nach § 10 des Bundesmeldegesetzes im Bereich des Amtes für Bürgerdienste.

Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin:

Ohne statistische Erfassung: Betroffenenauskünfte nach § 10 des Bundesmeldegesetzes im Bereich des Amtes für Bürgerdienste.

Bezirksamt Treptow-Köpenick von Berlin:

zu Frage 1, 2 und 4:

zu Frage 3:

	Auskunft	Teil- auskunft	Ableh- nung	Grund der (Teil-) Ablehnung	Antrag zurückge- nommen	Gründe Antrags- rücknahme	Aus positiven Selbstauskünften folgende Anzahl weiterer Anträge auf		
							Sperrung	Löschung	Berichti- gung
2012									
Sonstige Form			1	Anfrage über Onlineportal, es fehlten Kontakt- daten					
Gesamt			1						
2013									
Sonstige Form			1	Anfrage über Onlineportal, es fehlten Kontakt- daten					
Gesamt			1						
2014									
Sonstige Form			2	Anfrage über Onlineportal, es fehlten Kontakt- daten					
Gesamt			2						
2015									
Schriftlich	1								
Sonstige Form			2	Anfrage über Onlineportal, es fehlten Kontakt- daten					
Gesamt	1		2						
2016									
Schriftlich	2								
Gesamt	2								
2017									
Schriftlich	3								
Gesamt	3								